

Wer die politischen Aktivitäten der Studenten an der Dahlemer Universität im Dezember 1966 überblickt, dem müssen die seit Monaten währenden suggestiven Betonungen der Westberliner Offiziellen, es handle sich dabei um die Entfesselungen einer unbedeutenden radikalen Minderheit, als eine Farce erscheinen.

Annähernd 1000 FU-Studenten pflühen den Botschafter Kys in Bonn, Nguyen qui Anh, aus, als er sich weigerte, konkret Rede und Antwort zum schmutzigen Krieg gegen das vietnamesische Volk zu geben, und beantworteten nahezu einstimmig seine rhetorische Frage, ob sie meinten, die Befreiungsfront repräsentiere das Volk Südvietnams, mit „ja“. Sie sandten ein Telegramm an die Studenten der Universität Berkeley, in dem es heißt: „Wir erklären uns solidarisch mit der Studentenschaft von Berkeley, die seit drei Tagen streikt und damit zeigt, wie man auf endlose Diskussionen und ausweichende Erklärungen des süd-vietnamesischen Marionettenregimes antwortet.“

Wenige Tage später organisierten Mitglieder Westberliner Studentenorganisationen gemeinsam mit Angehörigen der Kampagne für Abrüstung eine Flugblattaktion gegen den Vietnamkrieg auf dem Kurfürstendamm, und auf einer Kundgebung, die ebenfalls im Rahmen



Die „radikale Minderheit“ von Dahlem

Nach tief erregt von der furchtbaren Nachricht über die Bombardierung von Teilen des Hanauer Stadtzentrums durch USA-Flugzeuge drängt es mich, meine Gedanken zu Papier zu bringen, die mich angesichts dieser neuen barbarischen Tat bewegen.

Im grellen Feuerschein der über Hanoi explodierenden Bomben zeigt sich der Welt die zehnhellige Fratze des amerikanischen Imperialismus, dessen auch so christlicher Präsident täglich von seiner Friedensliebe spricht und zur gleichen Zeit das Zeichen zur Ermordung von friedliebenden vietnamesischen Menschen gibt. Wie nimmt sich die sogenannte Friedensinitiative Johnsons angesichts dieser blutigen Wehrlosigkeit vor der Welt aus? Für Imperialisten, ganz gleich ob sie sich in Washington oder in Bonn die Kehle heiß reden, gilt immer dasselbe: Sie reden von Menschlichkeit und meinen

gedanken

angesichts der Bomben auf Hanoi

die Unmenschlichkeit, sie reden vom Frieden und meinen den Krieg. Diese Wahrheit auch in unserer nationalen Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus nicht aus dem Auge zu verlieren lehrt uns der USA-Krieg in Vietnam täglich aufs neue.

Ich kenne Hanoi und weiß, was ein Bombenangriff auf die dichtbesiedelten Wohnzentren an den Ufern des Roten Flusses bedeutet: den grausamen Tod für Hunderte von Frauen und Kindern.

Alle die anderen Städte, die ich während eines zweijährigen Vietnamaufenthaltes im Jahre 1963 besuchen konnte — Hai Phong, Hoa-Binh, Nin-Binh — und in denen ich so sympathische, kluge, selbstbewusste und kampfschlossene Menschen fand, sind längst zu Zielorten amerikanischer Bomben und Raketen geworden. Und nun also auch Bomben auf Hanoi, die stolze Hauptstadt der Demokratischen Republik Vietnam, die so reich an Traditionen im Unabhängigkeitskampf ist und in der heute die kämpfenden vietnamesischen Menschen im Norden und im Süden des Landes das leuchtende Symbol eines freien, sozialistischen Vietnam sehen.

Mit diesem Bombardement auf Hanoi haben die USA-Imperialisten in größter Verletzung des Genfer Indochina-Abkommens die Eskalationspolitik auf eine gefährliche Spitze getrieben. Wenn sie freilich glauben sollten, damit das vietnamesische Volk in die Knie zwingen zu können, so wäre das ein verhängnisvoller Irrtum. Auf die Eskalation der Aggression wird das kämpfende vietnamesische Volk die notwendige Antwort nicht schuldig bleiben, werden des sozialistische Lager und alle fortschrittlichen Menschen in der Welt mit einer Eskalation der materiellen, politischen und moralischen Solidarität für das kämpfende Vietnam antworten. Für die Bürger der DDR und alle Angehörigen der Universität, die sich würdig in die weltweite Solidaritätsbewegung einreihen wollen, sollten deshalb die jüngsten Ereignisse Verpflichtung sein, die Solidaritätsaktionen noch zu verstärken.

Dr. Roland Felber, Ostasiatisches Institut

UZ 1-2/67, Seite 12

fakten

Professoren warnen

Prof. Ridder und Prof. Abendroth verurteilten bei einer Podiumsdiskussion an der Gießener Universität die Notstandsgesetze. Staatsrechtler Prof. Ridder stellte fest, daß schon die verabschiedeten sieben „einfachen“ Notstandsgesetze eine Fülle von Verfassungswidrigkeiten sowie Ermächtigungen und Grundgesetzänderungen enthalten. Prof. Abendroth aus Marburg verband seine Warnung vor dem Bonner Diktaturplänen mit dem Hinweis, daß eine solche Gesetzgebung Rechte verleihe, die für gewisse Gruppen innenpolitisch erwünscht seien und entsprechend mißbraucht werden könnten.

Bündnis Aachener Wissenschaftler und Gewerkschafter

Wissenschaftler, Gewerkschafter, Geistliche, Sprecher von Jugendorganisationen und Hausfrauen bildeten in Aachen einen

USA-Studenten: „Lieber ins Gefängnis . . .“

Schwere Kritik an den amerikanischen Luftüberfällen auf Vietnam übten am Freitag die gewählten Studentenvertreter von 100 amerikanischen Universitäten. In einem offenen Brief warnen sie die Johnson-Regierung, die sich in den letzten Tagen durch das Leugnen des verbrecherischen Überfalls auf Hanoi wachsende Vorwürfe gefallen lassen mußte: „Wenn der Widerspruch zwischen offiziellen Erklärungen und dem tatsächlichen Vorgehen nicht aufgehoben werden kann, werden die USA feststellen, daß sich einige ihrer loyalsten und mutigsten jungen Menschen lieber dafür entscheiden, ins Gefängnis zu gehen, als die Waffen in die Hand zu nehmen.“ Die Unterzeichner des Schreibens, die von der westlichen Presse als gemäßigigt bezeichnet werden, versichern, daß ihre Ansicht die Hauptströmung unter den Studenten widerspiegelt.

Ein Bekenntnis gegen die amerikanische Vietnampolitik legten auch verschiedene Teilnehmer eines Historikertreffens ab. So betonte der Leiter des Ostasien-Instituts der Harvard-Universität, John Fairbanks, daß der Luftkrieg gegen die DRV weder den Norden noch den Süden zum Aufgaben zwingen könne. Prof. Richard S. Morris von der Columbia-Universität sagte den völligen Fehlschlag der Johnson-Politik voraus.

bekenntnis

Verständigung zwischen „Pawel Kortschagin“ und Dolmetscherinstitut

Als kräftigen Auftakt zu einer engeren und besseren Zusammenarbeit könnte man das Ergebnis der Diskussion bezeichnen, die am 5. Dezember 1966 zwischen dem

18köpfigen Aktionsausschuß des Kuratoriums „Notstand der Demokratie“. Auf der Gründungsveranstaltung würdigte Professor Röhde von der Technischen Hochschule Aachen das Bündnis zwischen Intelligenz und Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze. Der Bevollmächtigte der IG Metall Aachen, Georg Herz, betonte: „Gegen die Notstandsgesetze der Regierung rufen wir den Notstand der Demokratie aus.“ Die Versammlungsteilnehmer billigten nahezu einstimmig die Frankfurter Abchlußerklärung.

Bonner Studenten: „Waren die 1000 Jahre umsonst?“

Unter Gewaltanwendung ging die Bonner Polizei gegen eine Studentendemonstration vor, zu der der Sozialistische Studentenbund aufgerufen hatte. Die Demonstration richtete sich gegen den 2. Vorsitzenden der neonazistischen Partei im Landkreis Bonn, Jasper, und seine neonazistischen Hetzreden. Die Polizei der Bundeshauptstadt besetzte sich als Schutztruppe für den NPD-Führer. Die Studenten waren mit großen Transparenten gekommen. „NPD = NSDAP“, „Waren die 1000 Jahre umsonst?“, „Die

LTI-Neuaufgabe

Der neuen Reclam-Ausgabe von Klempers „LTI“ mag das Verdienst zukommen, daß mir in Berichten der Westpresse über die Demonstrationen Westberliner Studenten Analogien und Verwandtschaften zur Sprache des Dritten Reiches auf fielen. Draufgestoßen war ich, als sich in einem Hundertseiten-Bericht der „Welt“ die ironischen Anführungszeichen häuften. Für die „Welt“ gibt es weder Proteste gegen die Vietnampolitik Bonns noch Demonstrationen, sondern „Proteste“ und „Demonstrationen“, wie es für die Nazipresse nie gegnerische Siege oder Staatsmänner gab, nur „Siege“ und „Staatsmänner“. Und wo eine SPD-Obrigkeits- die Westberliner — trotz Verhaftungen und Schlägereien der Polizei die Studenten nicht unter Kontrolle bringt, wird sie zur „Obrigkeits-“ degradiert.

Natürlich gibt es in Westdeutschland noch nicht die Sprache der Notstandsdekretierung, wie es die LTI war. Dazu ist der westdeutsche Propagandaapparat bei aller Gleichschaltung noch nicht lange genug genügend gleichförmig. Vor allem betrifft diese Gleichschaltung noch nicht in ausreichendem Maße alle Bereiche des Lebens. Am ausgeprägtesten ist sie bereits dort, wo sie es mit politischen Gegnern zu tun hat, gegen die mit demagogischen Wendungen nichts auszurichten ist, wo durch das immer deutlichere Aussprechen der Ziele —

der Vietnam-Woche stattfand, verurteilten zahlreiche Studenten nachdrücklich die USA-Aggression, was die Westberliner Polizei mit gewalttätigen Vorgehen beantwortete. Eine friedliche „Spaziergangsdemonstration“, bei der Studenten mit Passanten diskutierten, wurde gleichermassen ein Opfer des Polizeiterrors. Als nichtig erweist sich damit und mit anderen Unterdrückungsbestrebungen das Geschwätz, die Linkskräfte hätten keine Basis in der Studentenschaft und würden bald in der Isolierung geraten, so daß keine Zwangsmaßnahmen gegen sie nötig seien.

Die bisherige Politik der Studentenvertretung (Konvent) und des Allgemeinen Studentenausschusses (ASA) der Dahlemer Universität in Westberlin wurde durch die jüngsten Konventwahlen deutlich bestätigt. Die Vertreter eines Kursen für die Meinungsfreiheit und eine Studienreform konnten mit über 50 der 79 Sitze im Studentenparlament eine eindeutige Mehrheit erringen. Dagegen mußten der CDU-Studentenverband Ring christlich-demokratischer Studenten und die Korporationen einen weiteren Stimmenrückgang hinnehmen.

In der Philosophischen Fakultät, die mit 24 Abgeordneten die größte Fraktion stellt, wurden überwiegend Mitglieder des Sozialistischen Studentenbundes und des Sozialdemokratischen Hochschulbundes für den Konvent gewählt. Ähnlich ist das Verhältnis an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät.

übersicht

Angesichts der jüngsten politischen Aktionen der Studenten und dieses Wahlergebnisses schlägt das Springer-Blatt „Die Welt“ Alarm, am Westberliner Beispiel sehe man, „wie sehr das Ansehen einer Universität von der politischen Aktivität ihrer Studenten beeinflusst wird“, und verlangt sofortige Zwangsmaßnahmen: „Die verantwortlichen Stellen sollten nicht zögern, Studentengruppen, die sich illoyal verhalten, die Förderungswürdigkeit abzuerkennen.“

Daß keine Rede sein kann von einer „kleinen Gruppe von Radikalen“, sondern die Aktionen verschiedener politischer Studentengruppen, namentlich des SDS, die Stimmung großer Teile der Studenten widerspiegeln, drückt sich auch in der Besorgnis aus, mit der der SPD-Vorstand Westberlin die zuständigen Körperschaften der Universität dazu aufforderte, disziplinarisch gegen Studenten vorzugehen, und in dem unmittelbaren Eingreifen von Albert der „ernste Gespräche“ mit Rektor und ASA-Vorsitzendem ankündigte sowie über den Rundfunk die Studenten diffamierte, indem er äußerte es sei noch nicht abzusehen, „wenn gewisse Studentengruppen bestraft werden, daß die Spielregeln der Demokratie nicht dem internationalen Boxreglement entlehnt sind“.

Optimis-muß?

Allen ist die Atmosphäre einer Versammlung vertraut: Begrüßung Gäste, Vorlesen des Referats und der schließliche Bericht der Revisionskommission. — Notwendige Bestandteile einer Versammlung, in der Soll und Ist des letzten FDJ-Jahres ausgewiesen werden, analysiert werden muß, um Kontext des vorzubereiten? Genügend? Rüttelte auch nicht der Diskussionsleiter der frischen Wind in den Saal brachte?

Frage! Doch Genosse Lothar Pflüger, Parteisekretär an der Landwirtschaftlichen Fakultät, woran man ein Referat der Leitung erkennen soll, wenn nicht ein jugendlicher Stil und Optimismus andere anzudeuten will, muß selbst sein. Ist ein Referat erst dann ein Referat, wenn man sich darin selbst als klug, daß man sehr vieles muß? Denke ich genug daran, daß wir Gleiches tun und darin gerade unsere ganze liegt? Kann sich ein erfolgreiches Jahr in einem Optimismus ausdrücken? Schwung gibt für kommende, sicher kleinere Aufgaben?

Der herzliche Beifall dankte den jugendlichen Worten des älteren Genossen, als er sich wieder setzte, einen unbewussten, aber unangenehmen Stoß gegen Routine und stolchen Entzogen hatte. So mancher der nachdenklichen Diskussionsredner mußte die Meinung machen, daß auch in seinem Mund das Muß schon tiefer verwurzelt ist, uns allen dienlich sein kann, in der wolle schon ein großer Teil der versammelten unser neues Lied „Voll Freie Deutsche Jugend“ kennenlernen, daß dem Muß des gemeinsamen Gesanges am Ende der Versammlung und zu Leibe gerückt wurde und der Optimismus die Oberhand behielt. Der Optimismus, gepaart mit Gültigkeit, Wissenschaftlichkeit und Ausdauer, wäre das nicht eine jugendgemäße, ansprechende und zugleich wirksame Atmosphäre für das neue Jahr?

Lutz

nommenen Worte: Ordnung, total oder Folgehaft — prägen bereits wieder sonstige Teile der westdeutschen Sprache. Ihr fehlt die Erst- und Einmaligkeit LTI, deshalb wird sie nie gleichsam total und nie gleichermassen wirksam. Aber die Ansätze sind weder zufällig unbedeutend.

Die Beispiele treten in fast allen Westdeutschen Zeitungsberichten über die Studentendemonstrationen auf. Die hier angeführten sind nur ausnahmsweise zwei Hunderttausend-Bericht der „Welt“ und der „Morgenpost“.

kommentar

großen Kreises von Studenten und der gemeinsame gute Wille zur weiteren Zusammenarbeit immer wieder als jene Basis, von der aus die vielfältigsten Probleme in Angriff genommen werden konnten.

Wenn auch nicht alle Fragen im ins Detail geklärt wurden, darf es Recht angenommen werden, daß im 1967 die Kulturarbeit am Dolmetscher-Institut sowohl in den einzelnen Seminargruppen als auch insgesamt wieder einen Schritt vorwärts kommen wird. Daß sich dafür Intensivtät und Ensemble als anstrengende und unterstützende Organe verantwortlich fühlen, war eines der Ergebnisse der Diskussion.

W. Sch

post

Lehrkörper des Dolmetscher-Instituts und der Leitung sowie Mitglieder der Kulturgruppe „Pawel Kortschagin“ stattfand. Eingeladen dazu hatte die Gewerkschaftsgruppe des Dolmetscherinstituts, die damit ein schon längere Zeit geplantes Vorhaben im Rahmen der Klubgespräche realisieren konnte.

Die erfreulich große Zahl der Teilnehmenden und die sehr lebhaft, gründliche und offene Diskussion bewiesen, wieviel beiden Seiten an der Klärung der wichtigsten Fragen eines Zusammenwirkens zwischen dem Dolmetscher-Institut und dem Ensemble lag. Als zentrale Themen hatten sich sehr bald die Rolle und Aufgaben des Ensembles innerhalb der Universität

und die Ausstrahlung seiner Arbeit auf das kulturelle Leben des Instituts, die Wirksamkeit der Ensemblearbeit nach außen hin und die Möglichkeiten der konkreten Nutzung aller erzieherischen Potenzen der Kulturgruppe für eine allseitige Bildung und Erziehung der zukünftigen Absolventen herausgestellt.

Es gab eine Reihe von grundsätzlichen Auffassungen zu klären, Mißverständnisse zu beseitigen, Versäumnisse zu nennen und vor allem Wege zu suchen, die für die Zukunft ein reibungsloses Miteinander der beiden Institutionen versprechen. Dabei erwies sich der Erkenntnis von der wichtigen Funktion der kulturellen Betätigung eines möglichst